

Mehr Unterstützung für den Mittelstand

(aus: RUSSLAND aktuell 14-2008)

Die russische Regierung will in den kommenden Jahren vermehrt kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) fördern. Das Wirtschafts- und Handelsministerium hat dazu mehr als 50 Vorschläge im Kabinett eingebracht. Die Vorschläge zielen darauf ab, die wirtschaftlichen und juristischen Rahmenbedingungen für KMUs zu verbessern und diesen den Zugang zu Finanzmitteln und Gewerbeimmobilien zu erleichtern. Bei dem Erwerb von Immobilien soll unter anderem das festgesetzte Preislimit bei Auktionen gesenkt, ferner soll die Ratenzahlung auf fünf Jahre ausgedehnt werden. Die Regierung plant zudem Preissenkungen für kleine und mittelständische Unternehmen beim Zugang zu Strom, Gas und Wasser. Auch niedrigere Anschlussgebühren in Industrie- und Technologieparks sind vorgesehen.

Ferner will die Regierung den Aufbau von speziellen Institutionen zur Mittelstandsförderung beschleunigen. Hier soll eng mit Hochschulen und Forschungszentren zusammengearbeitet werden. Das Wirtschafts- und Handelsministerium soll mindestens 50 Wirtschafts- und Forschungszentren in Form von Gewerbeparks auf einer Fläche von mehr als einer Million Quadratmeter errichten. Diese sollen insbesondere kleinen und mittelständischen Betrieben die Ansiedlung erleichtern. Entsprechende Vorschläge machte Wirtschafts- und Handelsministerin Elwira Nabiullina in Tobolsk anlässlich einer Sitzung des Staatsrates am 27. März.

Bei diesem Treffen standen explizit Fragen der Mittelstandsförderung auf der Tagesordnung. Hinsichtlich der Lizenzierungen für kleine und mittelständische Betriebe sagte Nabiullina, dass man in Zukunft plane, diese für den Mittelstand und Kleinunternehmen schrittweise abzuschaffen. Stattdessen sollen diese verpflichtet werden, ihre Verbindlichkeiten zu versichern. Als positive Beispiele für einen Wechsel hin zu diesem System nannte Nabiullina die Bereiche Bauwesen und Transport.

Im Rahmen der Staatsratssitzung besuchte der designierte Staatspräsident Medwedew eine Ausstellung von kleinen und mittelständischen Betrieben. Die jeweiligen Unternehmen berichteten Medwedew von ihren Erfahrungen und schlugen mögliche Verbesserungen vor, insbesondere im Steuerrecht und Kreditwesen. Medwedew betonte dabei, dass sich die Regierung in den kommenden Jahren vermehrt um die Förderung dieser Unternehmen kümmern werde. Um die Rahmenbedingungen auch im Kreditwesen zu verbessern, werde derzeit ein Gesetzentwurf erarbeitet. Besonders die Gewährung von Kleinkrediten stehe hier im Mittelpunkt.